

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

95 (26.2.1917) Mittagsblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Ausgabe: Wöchentlich zweifach. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen M. 3.—; in das Haus gebracht M. 3.30, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr M. 3.— gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.

Anzeigen-Nachnahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Pfaffenstraße 9 (Fernsprech-Anschluss Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Votalsnachrichten, Gerichtsamt, Sport, Handel und letzte Drachberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: Vormittags 10 bis 11 Uhr, nachmittags 1/5 bis 1/6 Uhr. Fernsprech-Anschluss Nr. 400.

Notationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Pfaffenstraße 9, Karlsruhe.

Nr. 95 76. Jahrgang. Karlsruhe, Montag, 26. Februar 1917 76. Jahrgang. Mittagsblatt

Englische Vorstöße abgeschlagen. — Ein französisches Luftschiff abgeschossen.

Der deutsche Tagesbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 25. Febr. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Südlich von Ypern, sowie zwischen Armentières und Arras wurden mehrere, teilweise nach starkem Feuer einsetzende Vorstöße der Engländer abgewiesen.

Einkunftsangriffe führten unsere Stoßtruppe westlich von Lievin bis tief in die feindliche Stellung, in der Gefangene gemacht und Verstärkungen vorgenommen wurden.

Am Somme-Gebiet war zeitweilig der Geschützkampf lebhaft, vornehmlich zwischen Sailly und Bouchavesnes.

Westlich von St. Pierre blieb eine französische Unternehmung erfolglos, eine eigene im mehr der Rosel zu gelegenen Waldgebiet brachte 12 Gefangene ein.

Bei Lusse am Westhang der Vogesen holten unsere Sturmtruppen 30 Mann aus der französischen Stellung.

In der Nacht vom 23. auf den 24. Februar ist ein französisches Luftschiff durch Abwehrfeuer im Walde östlich von Saarlouis brennend zum Absturz gebracht worden.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Keine besonderen Ereignisse.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph

Am Tarnopol-Bahnhof im Nordteil der Waldkarpaten schlug ein russischer Angriff fehl.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenau und an der

Mazedonischen Front

ist die Lage bei geringerer Vorbereitungsstärke unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Abendbericht.

W.W. Berlin, 25. Febr. (Amtlich.) Keine wesentlichen Ereignisse.

Vor einem Jahr.

26. Febr. 1916. Lomvont und die Stellungen südwestlich und östlich davon erobert. Die Kanzerstele Douaumont erübrigt. Die Franzosen in der Woivre-Ebene auf der ganzen Front bis Marcheville geschlagen.

Dornenvolle Wege.

Roman von A. Wilken.

(18) [Nachdruck verboten.]
„Daran habe ich niemals gezweifelt,“ besetzte sich Herr Silberling zu versichern. Niemals! Ich stehe dem Herrn Leutnant mit jeder Summe natürlich zur Verfügung. Vorausgesetzt, daß es sich bekümmert, daß der Herr Sohn des Großkaufmannes Wittenichs Tochter heiratet.“

Herr Silberling machte eine Pause, um zu erfahren, wie seine Worte auf die Majorin wirkten. Doch hatte sie sich sehr in der Gewalt, nachdem der erste Schreck über diesen sonderbaren Besuch überwunden war.

„Wer hat Ihnen davon geredet, daß mein Sohn sich um Fräulein Wittenichs heiratet?“ fragte sie.

„In erster Linie der Herr Leutnant selbst,“ sagte Silberling. „Der Herr Sohn ist da in einer armen Klemme — Spielschulden, gnädige Frau! Sie wissen wohl: Spielschulden — Ehrenschulden! Er braucht bis morgen zehntausend Mark. Er soll das Geld haben, sobald Sie mir bestätigen, daß der Herr Sohn sich mit Erfolg um Fräulein Wittenichs heiratet. Daß wir mit aller Bestimmtheit, nach Ausspruch Ihres Sohnes, auf eine öffentliche Verlobung innerhalb sechs Wochen rechnen können.“

„Und das soll ich Ihnen bestätigen?“ fragte die Majorin verwundert.

„Es steht das selbstverständlich ganz in Ihrem Bestehen. Nur bedenken Sie, Sie erweisen Ihrem Herrn Sohn einen großen Dienst! Sie kennen die Verhältnisse, wissen, wie weit der Herr Sohn mit seinen Verbindungen steht und ob er Aussicht hat, von Ihren Auslagen hängt das Wohl und Wehe des Herrn Leutnants ab.“

Der österr.-ungarische Tagesbericht.

W.W. Wien, 25. Febr. Amtlich wird verlautbart:
Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nordwestlich des Tarnopol-Bahns griff der Feind nach siebenstündiger Artillerievorbereitung an. Er drang vorübergehend in unsere Gräben ein, wurde aber durch einen Gegenangriff völlig zurückgeworfen.

Sonst nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Friaul-ländischen Front ist die Artillerietätigkeit nunmehr bei guter Sicht wieder alltäglich recht lebhaft. Im Görzischen hatte sich vorgestern im Abschnitt von Bertoliba ein besonders heftiger Geschütz- und Minenwerferkampf entwickelt, der auch nachts fortbauerte und morgens zu höchster Kraft anwuchs. Unter dem Schutze eines starken Sperrengeschützes griffen sodann einige italienische Kompanien unsere Stellungen an. Dem Feind gelang es, in die vorderste Linie einzudringen. Abteilungen des bewährten 1. Landsturm-Infanterie-Regiments Nr. 2 warfen ihn jedoch vollständig heraus, fügten ihm schwere Verluste zu und verfolgten ihn bis in seine Sappen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Die Kämpfe um Kut-el-Amara.

(1) Konstantinopel, 24. Febr. Der Berichterstatter der Agentur Milli in Mesopotamien teilt mit: Südlich von Kut el Amara ist es den Engländern nach der letzten Niederlage nicht möglich gewesen, ihren erzwungenen Vorstoß zu erneuern. Im Laufe der Schlacht vom 17. Februar vor unserer Zellahie-Stellung wurde eine bis in unsere Gräben vorgedrungene Brigade farbiger Engländer vernichtet. Die wieder eroberten Gräben waren mit Leichen von Engländern angefüllt. Nach Gefangenenaussagen und Mitteilungen aus anderen Quellen führen mehrere englische Bataillone südwärts ab. Die englischen Verluste in den letzten Kämpfen überschreiten 30 000 Mann.

Die englischen Verluste.

W.W. London, 25. Febr. „Times“ melden unter den Verlustlisten die Namen von 154 Mann von der Kriegsmarine, die zum größten Teil zu der Benennung von Kriegsschiffen, zur Marineartillerie und zur Royal Naval-Division gehörten.

Eine riesige Explosion in Frankreich.

W.W. Frankfurt a. M., 25. Febr. (Nicht amtlich.) Die „Frankfurter Nachrichten“ melden von der schweizerischen Grenze vom 24. Februar: Nach schweizerischen Meldungen wird jetzt auf Umwegen aus Paris bekannt, daß sich am 2. Februar in dem ausgedehnten Munitionslager von Rennes eine schreckliche Explosion ereignet hat, die das Lager mit 80 000 Tonnen Munition vernichtete. Unter den Trümmern konnte man über 200 Tote und 700 Verletzte bergen.

Das abgeschossene französische Luftschiff.

W.W. Berlin, 25. Febr. (Amtlich.) In der Nacht vom 23. auf den 24. Februar wurde durch unser Abwehrfeuer ein französisches Lenkluftschiff in Brand geschossen. Es stürzte in Flammen gebüllt bei Oiferdingen westlich Saargemünd zur Erde nieder. Beim Aufschlagen auf den Erdboden explodierte die mitgeführte Abwehrmunition. Die gesamte, 14 Mann betragende Besatzung ist tot. Die im übrigen gut erhaltenen Überreste des Luftschiffes lassen die Konstruktions-einzelheiten gut erkennen.

Die U-Boots-Erfolge im Januar.

170 feindliche Handelsfahrzeuge versenkt.

W.W. Berlin, 25. Febr. (Amtlich.) Im Monat Januar sind 170 feindliche Handelsfahrzeuge von insgesamt 336 000 Bruttoregister-tonnen durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte verloren gegangen, davon sind 91 Fahrzeuge mit 245 000 Bruttoregister-tonnen englisch. Außerdem sind 58 neutrale Handelsfahrzeuge mit 103 500 Bruttoregister-tonnen wegen Beförderung von Baumware zum Grunde versenkt worden. Der Monatsverlust beträgt also insgesamt 228 Fahrzeuge mit 439 500 Bruttoregister-tonnen. Seit Kriegsbeginn sind somit 4 357 500 Bruttoregister-tonnen feindlichen Handelsfahrzeugsraum verloren gegangen. Davon sind 3 314 500 Bruttoregister-tonnen englisch. Ferner sind von den Seestreitkräften der Mittelmächte 459 neutrale Schiffe mit 641 000 Bruttoregister-tonnen wegen Baumwarebeförderung versenkt oder als Beute verurteilt worden. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Majorin sagte langsam und mit Betonung: „Nawohl, mein Sohn bewirbt sich um Fräulein Wittenichs. Es kann jeden Tag zum Klappen kommen. Schon gestern hätte er sich erklärt, wenn nicht zur unrichtigen Zeit gerade eine Störung dazwischen gekommen wäre!“

„Ist ein Korb von Seiten der jungen Dame vollständig ausgeschlossen?“

„Nach menschlicher Berechnung, ja. Fräulein Wittenichs interessiert sich sehr für meinen Sohn.“

„Was Silberling griff in die Brusttasche seines Rockes, zog ein Portefeuille hervor, dem er ein Papier entnahm.“

„Wollen gnädige Frau sich für Ihre Auslagen verbürgen?“

Die Majorin wich einen Schritt zurück.

„Um Gotteswillen!“

„Bardon, meine Gnädigste, Diskretion ist Ehrensache. Wir können schweigen. O, wenn wir reden wollten!“

„Aber wozu denn eine Unterschrift?“ stotterte die Majorin.

„Ein Geschäftsmann muß sicher gehen. Ein gesprochenes Wort ist nur ein leerer Schall. Man sagt wohl dies oder das, wenn einem das Messer an der Kehle sitzt, ohne sich der Tragweite des ausgesprochenen Wortes bewusst zu sein. Man braucht es mit dem gesprochenen Wort auch nicht so genau zu nehmen, es läßt sich drehen und dreheln. Für mich hat nur das geschriebene Wort Wert.“

„Was soll ich unterschreiben?“ fragte die Majorin hilflos.

„Nichts weiter, als daß Sie bezeugen können, daß Ihr Sohn sich mit Erfolg um Fräulein Wittenichs, der Tochter des Großkaufmannes Karl Wittenichs, bewirbt, und daß innerhalb sechs Wochen die Verlobung proklamiert wird.“

„Und wenn ich das verweigere?“

„Bitte,“ sagte Herr Silberling kalt und faltete das Papier wieder zusammen, „reden Sie vorerst mit Ihrem Sohn; ich bin bis acht Uhr heute abend für ihn zu Hause.“

Gerade in diesem Augenblick kam sporenfliegend der Herr Leutnant angereist.

Die Majorin öffnete die Salontür und rief auf den Korridor hinaus: „Oswald, komm einen Augenblick herein!“

Oswald von Embden sah erschuffert aus. Er war in der Nacht spät nach Hause gekommen, hatte, da er zeitig Dienst gehabt, wenig geschlafen. Seine Augen flackerten umher in dem

klassen Gesicht, auch lagen schwarze Ringe unter denselben, die einen verwißelten Eindruck hinterließen.

Ungehindert betrat er den Salon.

„Ja!“ Wie angewurzelt blieb er auf der Schwelle stehen, denn er blickte mit aufgerissenen Augen in des Leutnants lächelnde Blicke.

Diesem schien das Dazwischentreten des Leutnants sehr erwünscht; er schritt in seiner behenden Weise auf den Angekommenen zu, ihm torbald drei Finger seiner rechten Hand entgegen.

„Sie hier, Herr Silberling?“ stieß Oswald mit trockenem Klappen hervor, mit Widelwällen für einen Moment die gereichten Finger ergriffend.

„Aberdings, Herr Leutnant, ich habe die Ehre!“

„Und was veranlaßt Ihr Kommen?“

„Treten Sie, bitte, erst mal ein bißchen näher. So zwischen Tür und Angel.“

Jetzt sahen sie alle drei um den kleinen achtseitigen Salontisch. Herr Silberling ging flott auf sein Ziel los. „Sieh mal, mein Lieber, ich muß Gewißheit haben, volle Gewißheit.“

„Herr, ich gab Ihnen mein Ehrentwort!“ brauste Oswald auf.

„Gern, gern! Das geschriebene Wort Ihrer Frau Mutter ist mir lieber!“

„Aber so schreibe doch, Mama! Das kannst du wohl für mich tun! Du weißt, wie ich mich. Es bedarf nur eines Wortes von mir und natürlich des richtigen Augenblickes. Wenn ich mein Wort gab, daß innerhalb sechs Wochen Verlobung gefeiert wird, so kannst du dieses Wort doch anstandslos unterschreiben, wenn Herr Silberling nun mal sein Herz daran hängt.“

Die Majorin unterdrückte.

„Ach, wie ihr die Hand zitterte! Wie konnte sie sich für Ihre Wittenichs verbürgen! O, wie konnte sie! Jetzt hing alles davon ab, daß die Sache sobald wie möglich perfekt wurde.“

Herr Silberling empfahl sich mit so vielen Handgedrücken, als stünde er mindestens auf einer Stufe mit den Teuten.

Oswald aber umfachte seine Mutter und wirbelte mit ihr im Zimmer umher.

(Fortsetzung folgt.)

Die deutsche Seesperre.

Erfolgreiche U-Bootsarbeit.

WTB. Berlin, 24. Febr. Von zurückgeführten U-Booten sind neuerdings 11 Dampfer, 2 Segler und 8 Fischereifahrzeuge versenkt worden. Unter den versenkten Dampfern befindet sich der englische Transportdampfer Nr. 19, Dampfer „Aric“ der White Star Linie, der am 12. Februar auf dem Wege von Liverpool nach Plymouth versenkt wurde. Mit den übrigen versenkten Schiffen gingen u. a. verloren 8600 Bruttoregistertonnen Kohlen, 2800 Tonnen Stickstoff und 3000 Tonnen Salpeter. Da nach der obigen Meldung der Dampfer „Aric“ am 12. Februar und nicht am 18. Februar versenkt worden ist, haben die Engländer die am 18. Februar als Erfolg eines U-Bootes in 24 Stunden bekannt gegebenen 4 Hilfskreuzer beziehungsweise Transportdampfer sämtlich verschwiegen.

Weitere Opfer.

London, 24. Febr. Lloyd's melden, daß der englische Dampfer „Grenadier“ (1004 Tonnen) versenkt wurde. Der Kapitän und 6 Mann der Besatzung wurden getötet. Der englische Dampfer „Trojane Prince“ (3196 Tonnen) wurde versenkt.

Amsterdam, 24. Febr. Nach englischen Blättern werden die folgenden Schiffe von Lloyd's als vermisst angegeben: Dampfer „Bayreuth“ (3000 Tonnen) aus London und die britische Segler „Baltic“, „Brooklesby“ und „Columbia“. Der norwegische Dampfer „Mouranger“ (1024 Tonnen) ist sehr stark überfällig. Der spanische Dampfer „Josepha Reich“ (2654 Tonnen) ist gesunken.

Bern, 24. Febr. „Progrès de Lyon“ meldet aus Marseille, der japanische Dampfer „Kankoku-Maru“ sei am 21. Dezember bei Cebu (?) untergegangen. Es sei wenig Hoffnung, daß von seinen 350 Fahrgästen, darunter zwei Amerikanern, jemand gerettet worden sei.

Rotterdam, 24. Febr. Auf der Börse wurde heute berichtet, daß die norwegische Bark „Halls oft Aften“ (1965 Bruttoregistertonnen) im Kanal vor einem deutschen U-Boot zum Sinken gebracht wurde.

Christiania, 25. Febr. Die norwegische Gesandtschaft in London drohtet: Die Dampfer „Normanna“ aus Sandfjord (2800 Bruttoregistertonnen), „Mjar“ aus Christiania (1468 Tonnen) und „Hlenheim“ aus Frederikstad (1029 Tonnen) wurden versenkt.

WTB. Bern, 26. Febr. (Nicht amtlich.) Pariser Blätter melden aus Havre: Infolge dichten Nebels sind der englische Postdampfer „Northwestern Miller“ (6504 Bruttoregistertonnen) und der norwegische Dampfer „Snetoppen“ gescheitert. Ferner wird die Versenkung des schwedischen Dampfers „Manningham“ (1989 Bruttoregistertonnen) und des französischen Schoners „St. Sauveur“ (158 Bruttoregistertonnen) gemeldet.

Ein Amerikaner ertrunken.

Washington, 24. Febr. (Reuter.) Der amerikanische Konsul in Moskau hat dem Staatsdepartement telegraphiert, daß der amerikanische Missionar Robert Gaden aus Tschinan (China) ertrunken ist, als der Dampfer „Athos“ am 17. Februar ohne Warnung von einem U-Boot versenkt wurde.

Die amerikanischen Versuchsschiffe.

WTB. Berlin, 26. Febr. Laut Berliner Tageblatt wird dem „Matin“ aus Bordeaux telegraphiert, man sehe dort in den nächsten Monaten bereits der Ankunft des amerikanischen Dampfers „Orleans“ entgegen, der ebenso wie der Dampfer „Rochester“ seine Reise nach Europa auf die persönliche Initiative der beiden Direktoren der Kerr-steamship-Co. unternehmen.

Die deutschen Hilfskreuzer im Atlantischen Ozean.

WTB. London, 25. Febr. Die „Times“ melden aus New-York: einer der deutschen Kreuzer im Atlantik sei jetzt endgültig als der Kreuzer „Beneta“ festgestellt worden, und zwar durch einige Leute von der Besatzung des britischen Schiffes „Theodore“.

Die versenkten holländischen Schiffe.

WTB. Haag, 24. Febr. Der Minister des Innern hat die Nachricht von dem niederländischen Gesandten in London erhalten, daß nach einem Telegramm von den Scilly-Inseln die niederländischen Schiffe „Noorderdijk“ (7100 Tonnen), „Zaandijk“ (4189 Tonnen), „Jacatra“ (6373 Tonnen), „Sandoeng“ (5851 Tonnen), „Genland“ (3970 Tonnen) und „Caasterland“ (3900 Tonnen), die am 22. Februar gemeinsam von Falmouth abgefahren waren, um 5 Uhr nachmittags desselben Tages von einem deutschen U-Boot torpediert wurden. — Bei der Direktion der Holland-Amerika-Linie ist die Nachricht eingetroffen, daß die Besatzungen der Dampfer „Noorderdijk“ und „Zaandijk“ gerettet und in St. Mary auf den Scilly-Inseln gelandet wurden. Die Dampfer „Genland“ und „Sandoeng“ treiben noch. Von den Besatzungen sind 200 Mann in Penzance gelandet worden. Auch der Rest der Besatzungen dürfte in Sicherheit sein.

WTB. Rotterdam, 24. Febr. Nach einem bei der Direktion des Rotterdamischen Lloyd eingetroffenen Telegramm scheint auch der Dampfer „Menado“ (5874 Tonnen) torpediert worden zu sein. Die Besatzung und die Passagiere wurden gerettet und auf den Scilly-Inseln gelandet. Der Dampfer treibt noch und wird nach Falmouth geschleppt.

WTB. Haag, 24. Febr. Es wird jetzt gemeldet, daß alle Personen, die sich an Bord der versenkten niederländischen Schiffe befanden, in Sicherheit sind.

WTB. Amsterdam, 24. Febr. Anlässlich der Versenkung der holländischen Schiffe fand heute nachmittags im Haag eine Konferenz der Regierung mit den Niederländern statt. Die niederländischen Schiffe, die nach in den Häfen liegen, werden vorläufig nicht ausfahren. Die meisten niederländischen Kreuzer beabsichtigen, die Schiffe, die in Rotterdam zur Ausfahrt nach Amerika bereitliegen, nicht fahren zu lassen. In Regierungskreisen herrschte heute früh vollständige Ratlosigkeit.

WTB. Berlin, 26. Febr. Das Berliner Tageblatt läßt sich aus dem Haag berichten, verschiedentlich habe es aus Anlaß der Versenkung der holländischen Schiffe am Samstag einige lebhaft Szenen gegeben, in denen sich die Erregung Luft gemacht habe. Im ganzen ertrage Holland den schweren Schlag mit Fassung und ohne Zweifel werde man unermüdet nach Mitteln suchen, um die Sicherheit der Ueberseefahrt noch zu vergrößern.

Die feindliche Machtlosigkeit gegen die Unterseeboote.

„Schutz gegen die Unterseebootsgefahr“ ist die augenblickliche Lösung in den feindlichen Parlamenten sowohl als auch in den Spalten der feindlichen Presse. Je mehr diese Gefahr als Frage für Tod oder Leben, für Sieg oder Niederlage erkannt wird, um so nachdrücklicher wird die Forderung nach Schutzmitteln erhoben. Bisher aber ist das notwendige Schutzmittel noch nicht gefunden und die feindlichen Staatsmänner müssen sich in den Parlamenten damit begnügen, die angstvolle niedergedrückte Stimmung des Publikums durch Redensarten zu beschwichtigen, wie es unlängst Lord Bessford im englischen Oberhaus getan hat, als er zum Schutz gegen die U-Bootsgefahr auf „die Gedanken“ der Männer in der Admiralität hinwies, die genügend Erfahrung in dieser Art der Kriegsführung hätten. Alle Parlamentsreden und Auslassungen der Presse stimmen darüber überein, daß es zwei Mittel zur Abwehr gebe: Die Beschaffung neuer Frachtraumes als Defensiv-Maßnahme und andererseits Offensiv-Maßnahmen, von denen aber, wie allgemein gesagt wird, das Publikum nichts hört. Auch eine längere Ausführung des „Daily Chronicle“ vom 6. Februar beschäftigt sich eingehend mit diesen beiden Maßnahmen und weist nachdrücklich darauf hin, daß die Defensivmaßnahme der Beschaffung neuen Frachtraumes ein völlig unzureichendes Mittel der Abwehr bilde. „Der Unterseebootsgefahr kann nicht dadurch begegnet werden, daß man neues Futter für die Unterseeboote beschafft. Wir haben nicht die gleiche Zahl an Tonnengehalt die zerstört wird, und können es auch gar nicht. Gegenwärtig wird in einem Monat so viel Frachtraum versenkt, als wir in einer Bauperiode von sechs Monaten erst ersetzen können.“

Da der Unterseebootsgefahr, dem schwersten und ersten Problem, dem England gegenüberstehe, niemals durch Bau neuer Schiffe für die Verankerung begegnet werden könne, so fragt auch „Daily Chronicle“ nach Offensivmaßnahmen, von denen das Publikum nichts höre, und macht den Vorschlag, eine besondere Abteilung bei der Admiralität für die Gegenkriegsführung gegen die Unterseeboote zu schaffen. Der besonderen Berücksichtigung empfiehlt die Zeitung „den größten Admiral, der Gedanken über diesen Gegenstand haben könne“, Lord Fisher. Dieser müsse aufgefunden werden, in der gegenwärtigen nationalen Not zu helfen. Wenn dieser bei der Fruchtbarkeit seines Genies irgend einen Plan erdacht habe, so müsse er von der Regierung berücksichtigt werden. Besonders interessant ist der Hinweis des „Daily Chronicle“ darauf, daß Lord Fisher vor dem Kriege der damaligen Regierung einen Bericht übermittelt hat, über die zukünftige Entwicklung der Unterseebootskriegsführung, in dem er die ganze Entwicklung der Unterseebootsperren genau vorausgesagt hat. Als er in der Admiralität tätig war, gelang es ihm, das früher von den Deutschen hierzu unternommenen Versuchs zu werden. Seitdem haben sich die Dinge so entwickelt, genau wie er es vorher gesagt hat; und die Gegenwirkung, die damals wirksam war, ist jetzt völlig ungenügend. Nur durch eine solche Gegenkriegsführung können wir aber der Drohung Herr werden. Das Mittel der Bewaffnung der Handelschiffe, das sonst gerade von englischer Seite immer wieder gelehrt wird — und das, wie nicht vergessen werden darf, die Fortführung des Kreuzerrieges unserer U-Boote unmöglich mache, — scheint dem „Daily Chronicle“ gegen die neue Gefahr unzureichend, denn selbst, wenn alle Kaufschiffe bewaffnet wären, so würden die Unterseeboote sie dennoch straflos angreifen und sicher entkommen können; sie feuern Torpedos, wenn nur ihr Sehrohr sichtbar ist und verschwinden sofort wieder.

Die ganze Machtlosigkeit unserer Feinde in ihrer gegenwärtigen nationalen Not gegenüber der „schwersten und ersten Gefahr“ die sie bedroht, kommt in dem Silberseufzer deutlich zum Ausdruck, mit dem „Daily Chronicle“ seine Ausführungen schließt: „Was uns not tut, und was die Genies in unserer Admiralität mit allen Mitteln imstande sein müßten zu finden, das sind neue Mittel, um die Unterseeboote zu zerstören.“ Bisher hat also noch kein Genie der feindlichen Admiralitäten, selbst nicht der gebietende Lord Fisher, — so kann zusammenfassend der Schluss aus den englischen Ausführungen gezogen werden. — die so notwendigen „neuen Mittel“ gefunden, um dem mit Recht so gefürchteten deutschen Unterseebootskrieg wirksam zu begegnen.

Die Kritik der Lauchboot-Nede Lloyd Georges.

Rotterdam, 24. Febr. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Das Unterhaus war gestern dicht besetzt und Lloyd George wurde freundlich empfangen. Seine Rede dauerte 1 1/2 Stunden und fand wiederholt lauten Beifall. Nach dem Premierminister sprach der Unionist Madon. Er sagte, die Zahl der ausgefahrenen und angekommenen Schiffe gebe keinen Anlaß zu getragenen Panikmahnreden und zu einer so drastischen Einmischung in die englische Einfuhr. — Da Aquitt nicht bei Stimme war, sprach an seiner Stelle Runciman. Er sagte, man sei sich des Mangels an Schiffraum nur langsam bewusst geworden. Die Menschen dächten mehr an die Gewinn der Reder. Die Beschränkungen der Papierverträge werde für alle weniger kapitalstarken Unternehmungen einen völlig sicheren Verlust bedeuten, die Regierung solle die Aufhebung von Papier durch eine oder zwei große Unternehmungen verhindern und für eine gerechte Verteilung Sorge tragen. Runciman fuhr fort, daß die von Lord Devonport festgesetzten Nationierungen vielfach nicht beachtet würden. Wenn das Land den Verbrauch nicht einschränke, werde großer Mangel eintreten, ehe die neue Ernte eingebracht sei und die Bevölkerung werde sich vielleicht einer viel weitergehenden zwangsmäßigen Nationierung zu unterwerfen haben. Die Maßregeln der Regierung zur Beschränkung der durchaus notwendigen Einfuhr halte er für gerechtfertigt. Die Regierung sollte auch in den Häfen und bei den Eisenbahnen ausreichende Arbeitskräfte einstellen, um eine sichere Verteilung der Waren zu ermöglichen und die Schiffe rascher zu löschen. Runciman warnte davor, der Landwirtschaft zu viele Arbeitskräfte zu entziehen. Sie seien notwendig und könnten nicht durch ungeschulte Kräfte ersetzt werden. Prothero mußte dieselbe Nachbesetzung haben, wie seinzeit Lloyd George als Munitionsminister. Wenn die Landwirtschaft fünf Millionen Quartes Weizen mehr produzieren könnten, so würde er ihnen nicht nur 60 Schilling pro Quarter garantieren, sondern auch 70.

Rotterdam, 24. Febr. Die englische Presse beschäftigt sich mit der Rede Lloyd Georges. Sie hat einen günstigen Eindruck gemacht. Die „Times“ und andere Blätter der Reichsregierung wie „Daily Telegraph“ und „Morning Post“, sind bedingungslos damit einverstanden. Die „Daily News“ dagegen finden, daß die Grundfrage nicht die Schiffraumfrage sei, sondern die der Arbeitskräfte, und in dieser Beziehung habe die Rede Lloyd Georges nicht im mindesten beruhigt. Er habe selbst zugegeben, daß die Landwirtschaft infolge Arbeitsmangels das Land nicht so bestellen könnte, wie es sonst möglich wäre. Auch der Bergbau werde infolge Mangel an Bergarbeitern nicht genügend gefördert. Der Holzmarkt sei auf dieselbe Weise zurückzuführen. Der Premierminister habe gesagt, daß das Kriegsamt nur 10 000 Mann von den 80 000 Landarbeitern, auf die es eigentlich ein Anrecht hätte, unter die Waffen

gerufen habe, aber es habe nicht die Aufgabe gegeben, daß die restlichen 20 000 Mann nicht aufgerufen würden.

Bern, 25. Febr. Das „Berne Intelligenzblatt“ schreibt zur Rede Lloyd Georges: Wie ein Donnerstag müßten die düren jeder Ausschmückung freien Darlegungen in England und den alliierten Ländern wirken. Aus ihnen geht unzweifelhaft hervor, daß England den furchtbaren Ernst der U-Bootsbedrohung nicht verkert. Sie belegen die Behauptungen der deutschen Staatsmänner, wonach die Verproviantierung Englands durch die verhängte Lauchbootsperre auf das schwerste gefährdet wäre, mit beweiskräftigen Argumenten. In den nächsten Monaten wird es sich erweisen, ob die von der englischen Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen hinreichen, den Lauchbootskrieg unwirksam zu gestalten. Bis zu diesem Zeitpunkt wird das Land mit einiger Sicherheit angenommen werden, das englische Volk sich Einschränkungen in der Lebenshaltung auferlegen müssen, die denen, die das deutsche Volk seit Jahr und Tag auferlegt, an Schärfe nicht nachstehen.

Die Erregung in London.

Bern, 26. Febr. Der „Manchester Guardian“ schreibt aus London u. a., daß gestern in der vorigen City eine Unruhe geherrscht habe, wie an einem Tage, an dem ein sensationelles Budget erwartet wurde. Viele Handelswege seien völlig stillgelegt, bis das Beste bekannt geworden sei. Die Böden seien überlaufen worden, vor allem nach Tee, Kaffee, Wein und Stagnat. In seinem Leitartikel schreibt der „Manchester Guardian“, die Wankungen Lloyd Georges seien ernst, aber durch die Umstände gerechtfertigt. Das Volk verlangt, daß kein einziger Lauchbooter den Landbau angoße werde und daß das Land des Lebensmittelkontrollrats mit dem Anderson vereinigt werde. Für die Verproviantierung solle ganz neue einschränkende Bestimmungen erlassen werden, um den Getreideverbrauch für einen Monat zu sparen. Zeit überlasse man den Proviantverteilern eine Bedenkzeit, die den Bedürfnissen des Landes für 5 Wochen entspreche.

Die Landarbeiternot in Frankreich.

Eine neue Niederlage des Kabinetts Briand.

Bern, 24. Febr. Nach den Pariser Blättern hat die französische Kammer gestern die Interpellation der Deputierten Lafani, Durand und Brun wegen der Beschränkung der Entlassung der Ackerbauern der Jahresklassen 1888/1889 aus der Front und den Werkstätten behandelt. Brun erklärte ihre Entlassung für unbedingt notwendig, da Frankreich vor einer Hungersnot stehe. Unterstaatssekretär Besnard erklärte, aus dem Getreidegebiet seien bisher 6000 Ackerbauern der beiden Jahresklassen entlassen worden, aber ihre Entlassung durch die Ersatztruppenteile könne nicht schneller gehen. (Zurück: Ganz wie bei den Kohlen!) Die Ministerbörse hätten dabei große technische Schwierigkeiten, da wurden demnach viele Ackerbauern freigegeben werden. Besnard und Raffin-Dugens betonten, daß die Regierung sich keiner Gehörigkeit verschließen könne. Ihre Anordnungen in dieser Sache würden von den Militärbehörden oft nur im Maßstab von 6:100 befolgt. Der Unterstaatssekretär für die Munition, Thomas, erklärte, die geforderte Entlassung der Ackerbauern aus den Kriegswerkstätten zum 1. März sei unmöglich. Sie seien für die stark vermehrte Herstellung chemischer Produkte besonders ausgebildet worden, und zum Wechselt durch Kolonialarbeiter nicht ersetzbar. Die Regierung erklärte durch Besnard, sie könne nur die Tagesordnung ändern, welche die Entlassung aller Ackerbauern auf den 1. März festsetzt. Diese Tagesordnung wurde mit 303 gegen 114 Stimmen abgelehnt und eine andere, nach welcher die Regierung die Ackerbauern von 1888/1889 aus der Front vor dem 1. März, aus den Werkstätten vor dem 10. März entlassen soll, mit 426 gegen 2 Stimmen angenommen und weiter beschlossen, daß die Entlassenen nicht erst in die Reihen zurückgeführt werden sollen.

Die Besteuerung des Personen- u. Güterverkehrs.

WTB. Berlin, 25. Febr. Den Morgenblättern zufolge ist dem Reichstag die Vorlage über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs zugegangen. Demnach heißt es unter anderem:

§ 1. Die Beförderung von Personen und Gütern auf Schienen- und Seilbahnen, sowie auf Wasserstraßen unterliegt einer an die Reichskasse fließenden Abgabe. Die Abgabe von der Güterbeförderung wird neben dem Frachtkundenstempel erhoben.

Nach § 3 ist von der Abgabe befreit die Personenbeförderung im Arbeiter-, Schüler- und Militärpersonenverkehr, ferner die Beförderung im Militärpostenverkehr, soweit die Abfertigung in diesem Verkehr zu ermäßigten Preisen erfolgt, ebenso Beförderungen auf nichtöffentlichen Bahnanlagen unter gewissen Bedingungen.

§ 4. Die Abgabe wird von dem Preise berechnet, der für die Beförderung an den Betriebsunternehmer zu entrichten ist.

§ 11 regelt die Höhe der Abgabe. Danach beträgt diese bei der Personenbeförderung in der 1. Jahresklasse 16 Proz. in der 2. 14 Proz., in der 3. 12 Proz. und in der 4. 10 Proz. des Beförderungspreises. Werden für beschleunigte Beförderung besondere Zuschlagarten ausgesetzt, so beträgt die Abgabe für die Zuschlagarten der 1. und 2. Klasse 15 Proz. und für solche der 3. Klasse 12 Proz. des Preises. Bestehen bei einem Unternehmen weniger als vier Klassen, so bestimmt die Landesregierung, welche Abgabe anzuwenden ist. Ist nur eine Klasse vorhanden, so wird der Abgabesatz der 3. Klasse erhoben. Im Gebühreverkehr beträgt die Abgabe 12 Proz. des Beförderungspreises.

§ 12. Bei der Güterbeförderung beträgt die Abgabe 7 Proz. des Beförderungspreises.

§ 13. Mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens treten die Vorschriften des Reichssteuergesetzes über den Personen- und Güterverkehr außer Kraft. — In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß von einer Besteuerung des überseeischen Verkehrs Abstand genommen werden muß.

Im Nahverkehr und Straßenbahnverkehr wird der Unternehmer sich durch eine anderweitige Gestaltung der Tarife anpassen haben. Er kann durch Kürzung seiner Zonen, durch anderweitige Festsetzung der Tarifzonen, durch Erhöhung seiner Sätze für weitere Strecken seinen Tarif entsprechend gestalten. Neben dem Dampfverkehrsverkehr wird künftig auch die Personenbeförderung in Motorfahrzeugen der Abgabe unterworfen. Nur für den Fahrverkehr ist eine Ausnahme vorgesehen. Die Mehrerträge der Verkehrssteuern werden unter Zugrundelegung der Verkehrsverhältnisse des Jahres 1913 auf 315 Millionen M. geschätzt.

Ernährungsfragen.

Im Reichstagsauschuß zur Beratung der Ernährungsfragen vermahnt heute Batoni auf die Notwendigkeit den Wirtschaftspläne für das kommende Entschärfungsrechtzeitig festzusetzen, daß alle Beteiligten sich danach richten können. Die Grundfrage des Planes sollten spätestens bis 15. März veröffentlicht werden. Die Erziehung aller vorhandenen Lebensmittel sei eine Notwendigkeit. Er hoffe, daß alle Beteiligten dafür ein volles Verständnis haben und die Nationierung willig hinnehmen würden. Das Hauptaugenmerk sei auf die Bereitstellung von Frühgemüse und Frühobst zu richten.

... das durch öffentliche Wirtschaft den Verbrauchern zugunsten sei. Der Anbau von Frühkartoffeln, insbesondere in Rheinland und Westfalen, solle nachdrücklich gefördert werden. Die öffentliche Verwaltung von Kartoffeln solle ab 1. Juli erfolgen. Er müsse ferner erklären, daß eine Erhöhung des Weizen- und Roggenpreises ohne die gleichzeitige Senkung der Milch- und Schweinepreise unannehmbar sei. Die Erhöhung für Brotgetreide sei bedingt durch die Lage des Weltmarktes und die Bedürfnisse der Produktion, die Senkung der Milchpreise durch die Rücksicht auf die Verbraucher. Schließlich wäre es auch möglich, trotz der Erhöhung der Brotgetreidepreise den Brotpreis auf der gleichen Höhe zu halten. Dabei müßten die Gemeinden mitwirken und sich noch dazu äußern. Bezüglich der Kartoffeln sei geplant, den Preis im ganzen Reich für das ganze Jahr auf 5 M für den Zentner festzusetzen; dabei solle unter Aufsicht der Reichskartoffelstelle den südlichen Bundesstaaten und dem Westen gestattet sein, bis zu 6 M zu gehen. Eine Erhöhung der Fleischration könne jetzt nicht mehr, wie früher in Rücksicht gestellt, zugesagt werden. Die Hauptaufgabe sei die Erhaltung der Milchvieh zur Förderung der Milch- und Buttererzeugung.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 26. Februar 1917.

Jugendweh. Der Großherzog hat das feierliche stellvertretende Mitglied des Jugendwehrausschusses, Oberleutnant und Hoftheaterintendanten a. D. Kommerzienrat Freiherrn Franz von Kagened, Czjellenz, hier zum Mitglied und den Generalleutnant z. D. Ferdinand von Beck, Czjellenz in Freiburg zum stellvertretenden Mitglied des Jugendwehrausschusses ernannt.

Die Bierpreiserhöhung. Wir können heute mitteilen, daß das Ministerium des Innern den Preis für 0,3 Liter Bier auf 18 Pfennig festgesetzt hat. Die Wirte hatten beabsichtigt dafür vor einigen Wochen 20 Pfennig in Aussicht gebracht, während man in Friedenszeiten für ein solches Glas Bier 10 Pfennig bezahlte. Ferner hat das Ministerium eine Verteilung der Brauereien mit 20 Prozent Gewinne zugestimmt und den Stammkapitalgehalt auf 6 Prozent herabgesetzt, der früher 12 Prozent betrug. Die Wirte erhalten 15 Prozent der Menge Bier, die sie in Friedenszeiten bezogen. Der Preis für den Zentner Bier ist auf 31 M festgesetzt worden; er betrug bisher 28 M und in Friedenszeiten 20 M. Das Ministerium hat bei dieser Preisfestsetzung aber betont, daß es eine weitere Preissteigerung nicht gestatten werde; in dem erhöhten Preis sind die Kosten- und Betriebssteuern schon berücksichtigt. Bemerkenswert ist auch, daß die Preise für außerordentliche Biere von den Großherzoglichen Behörden festgesetzt werden. Im Zusammenhang damit seien einige Zahlen über die Rentabilität der Brauereien mitgeteilt. Eine von der Regierung veranlassete Erhebung hat ergeben, daß von 31 badiischen Aktienbrauereien 13 im verfloßenen Jahr überhaupt keine Dividende ausstießen, 16 Brauereien verteilten unter 5 Prozent, 5 Brauereien eine Dividende von 5 Prozent und nur 10 Brauereien waren in der Lage über 5 Prozent Dividende zu verteilen.

Höchstpreise für Ziegenlamm. Auf Grund des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1914 darf nach einer amtlichen Bestimmung der Preis für Fleisch von Ziegenlammern (Kühelein, Mälein, Geißlein) bei der Abgabe an den Verbraucher höchstens 1,80 M für das Fund betragen.

Eine Verschärfung des Ausenbaderbesets. Die badiische Regierung hat die erste im deutschen Reich, welche wenige Monate nach Kriegsausbruch ein strenges Verbot des Ausenbaderbesets erließ. Wir erinnern nun, daß von den zuständigen Stellen eine Verschärfung dieses Verbotes ins Auge gefaßt ist. Die vielfach erhobene Behauptung, daß die Wälder „eingespartet“ wärd bei der Ausenbaderbereiung verwendet, hat sich durch chemische Untersuchungen als nicht richtig erwiesen. Es ist aber bekannt, daß es draußen auf dem Land bei der Wilderei einen schiefen Einbruch erweist hat, daß in den Städten in den Kaffees- und Korbwaren so viele Kunden noch zu finden sind. Dadurch wurde vielfach die falsche Ansicht wachgerufen, die Städte lebten noch in Hülle und Fülle. Die Regierung plant deshalb ein vollständiges Verbot des Ausenbaderbesets. In den Wirtschaften und Kaffees soll der Verkauf von Kunden verboten und den Landwirten nur noch erlaubt werden, ihre Kunden über die Straße zu verkaufen; auch in ihren Erfrischungsräumen soll der Kundenverkauf verboten sein. Weiter ist ein allgemeines Verbot der Zubereitung von Wasserwäden ins Auge gefaßt, das übrigens schon seit durchweg auf dem Lande und in einigen Städten besteht. Für Kranke will man Ausnahmen gestatten und für sie auch ein besonderes Ausenbaderbeset herstellen lassen, das Magenkränke das bis zu 94 Proz. ausgenutzte Weid nicht vertragen können.

Aufhebung der Bestimmungen über die Schließung der Theater, Kinos usw. Solbamtlich wird mitgeteilt: Durch Verordnung vom 24. Februar 1917 hat das Ministerium des Innern seine Bestimmungen über die Schließung der Theater, der Lichtspielhäuser, der Räume, in denen Schauspieler, der Angehörigen und Ableserinnen der öffentlichen Vergnügungsorte, der Schwimmbäder der Badeanstalten und der offenen Verkaufsstellen aufgehoben, nachdem der Stand der Kohlenversorgung sich etwas günstiger gestaltet hat. Da aber immer noch Kohlenmangel besteht, bleiben alle übrigen über die Kohlenversorgung erlassenen Vorschriften, insbesondere auch hinsichtlich der Eindeutung und Verpfichtung der Haushaltungen, Antikater und gewerblichen Betriebe, der Anzeige- und Ableserinnenpflicht der Kohlenhändler, sowie der Einschränkung des Betriebs der Wirtschaften usw. zu nächst noch in Kraft. Ebenso ist die Vorschrift aufrecht erhalten, daß Museen, Sammlungen und sonstige Ausstellungsräume nicht geheizt werden dürfen.

Großh. Hoftheater. Der regelmäßige Spielbetrieb beginnt morgen Dienstag wieder mit der Vorstellung „Lobetanz“ (A. 36).

Die Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wird leider von der Allgemeinheit immer noch zu wenig gewürdigt. Meistens begegnet man dem Einwand: „Wegen meiner paar 100 M Umsatz lohnt sich der Giroverkehr nicht“. Wie irrig diese Anschauung ist, kann man aus folgendem Beispiel ersehen: 1000 städtische Beamte schulden etwa monatlich je 50 M Mietzins, dies sind 50 000 M monatlich oder 600 000 M jährlich. Wenn sich diese Mietzahlung allein bargeldlos abwickelt und sodann bargeldlos zur Zahlung der Schulden verwendet wird, so führt diese Geldbewegung notwendig ist, so ist dies, wobei, als wenn diese städtischen Beamten im gegenwärtigen Augenblick der Reichsbank 200 000 M in Gold zugeführt hätten. Dies nur ein Beispiel. Ähnlich, nur noch viel höher wäre das Ergebnis bei größeren Behörden, wie z. B. bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, bei Fabriken, die Tausende von Beamten und Arbeitern beschäftigen. Der bargeldlose Verkehr bedeutet also nicht nur eine Erparnis an Zeit und Arbeit für die Inhaber der Girokonten, sondern es ist zugleich eine vaterländische Maßnahme, durch die der Goldbestand der Reichsbank gestärkt und die Valuta des deutschen Geldes im Ausland gehoben wird. Wie bekannt, hat auch die städtische Sparkasse seit einiger Zeit den Scheck- und Giroverkehr in ihrem Zahlungsverkehr eingeführt. Eine möglichst zahlreiche Beteiligung an diesem bargeldlosen Zahlungsverkehr kann nicht dringend genug empfohlen werden.

Ueber Säuglingsfürsorge sprach am Donnerstagabend im Reichsanwalt auf Veranlassung des badiischen Frauenvereins, des katholischen Frauenbundes und des katholischen Frauenvereins in ausgedehnter, geschäftlicher Weise die Preisfürsorgeleiterin Fräulein Käthe Krausmann. Nach einer interessanten, die Einwirkung der Säuglingsfürsorge vom Altertum bis heute darlegenden Einleitung, betonte Rednerin, daß auch das schwächliche Kind, wie ein Blinder, Nette und Kant beweisen, Werte für die Nation bedeute, und deshalb des Schutzes bedürfe. Die Kindersterblichkeit Deutschlands, die nur von Rußland und Oesterreich-Ungarn übertrifft wird, verlangt vor allem Vorkehrungsmassnahmen, wie staatliche Wohnungsfürsorge, weitgehender Schutz der Mutter, vor und nach der Geburt, Ausdehnung der staatlichen Mutterschaftversicherung auf Heim- und Landarbeiterinnen. Die Rednerin weist auf die Mutterschaftskassen hin, deren erste in Deutschland auf Anregung von Dr. Alfons Fischer in Karlsruhe gegründet wurde. Das Stillen der Kinder muß jeder Mutter als erste Pflicht ins Herz geschrieben werden. Es muß alles getan werden, es jeder Mutter zu ermöglichen und die Stillfähigkeit zu erhöhen. Die Rednerin gab einen interessanten Überblick über die verschiedenen Anschauungen das Stillen betreffend, im Altertum, Mittelalter und Neuzeit. Schon vor vierhundert Jahren wurden Ammenkinder verlangt, damit dem Ammenkind ebenso wie dem Herrschaftskind die Muttermilch gesichert wird. Man strebt eine einheitliche Regelung in Deutschland an. Eingehend behandelt die Rednerin die Frage des unehelichen Kindes und seiner Mutter. Im Gegensatz zu dem sogenannten romantischen System, das besonders in Frankreich und Italien, auch Ungarn, ein Loslösen des Kindes von seiner meistens nicht ermittelten Eltern fördert, und Uebernahme in staatliche Fürsorge verlangt, sucht das germanische System die natürliche Bande zu seilen und verlangt von Vater und Mutter für das eigene Kind zu sorgen. Rednerin will die gesetzlich festgelegte Vormundschaft nicht der unehelichen Mutter übertragen, hält Berufsformenshaft aber in Form der Zeitvormundschaft auch in ähnlichen Fällen für wünschenswert. Dem unehelichen Kind gegenüber erwachsen der Säuglingsfürsorge, den Jugend- und Wohlfahrtsämtern und den Fürsorgebehörden besonders große Aufgaben. Neben der offenen Fürsorge benötigen wir die geschlossene Fürsorge, welche in ihnen die Mutter vor und nach der Entbindung längere Zeit mit dem Kind zusammen bleiben kann. Für die Gesamtschutzpflege ist Aufklärung im weitesten Maße notwendig. Die Mutterliebe allein kann die gesundheitliche Erziehung der Kinder nicht garantieren, darum muß für Frauen, Belehren schon in der Schule. Auf der Säuglingspflege muß sich die Mütterberatung aufbauen. Charakteristisch ist die in der badiischen Weise verbunden, als Ideal bezeichnet die Rednerin, wenn gleich dem Schulkind jeder Säugling und jedes Kleinkind unter ärztliche Kontrolle gestellt würde. Im Mai dieses Jahres wird hier in Karlsruhe der Deutsche Kongress für Kleinkinder- und Säuglingsfürsorge abgehalten, der jedenfalls ferner als alle diese Besprechungen werden wird. Immer mehr muß sich die Aufklärung durchdringen, daß Kleinkinderfürsorge nicht Wohlthat, sondern soziale Pflicht ist. Eine Reihe von guten Vorbildern reorganisieren die hochinteressanten Darlegungen und rücken die Schwächen eher mangelnden, und die herrlichen Erträge einer gesunden Säuglings- und Kleinkinderpflege in helles Licht. Dem gut besuchten Vortrag wohnte auch Ihre königliche Hoheit die Großherzogin Luise an.

Stimmen aus der Öffentlichkeit.

Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion lediglich die rechtliche Verantwortlichkeit.

Regelung der Biermaße.

Aus Schopfheim wird uns geschrieben: Bezugnehmend auf eine Mitteilung über die bevorstehende amtliche Festsetzung der Bierpreiserhöhung in Baden erlaubt Eindecker dieses, daß man nicht bloß den Preis sondern auch das Maß festsetzen sollte. Jetzt hat man $\frac{1}{2}$ Liter, $\frac{1}{3}$ Liter, $\frac{1}{4}$ Liter, $\frac{1}{5}$ Liter-Gläser usw. Zu was dem all dies verschiedene Feig, das den Wirten bei jeder Preisänderung nur Kosten verursacht, indem viele wieder neue Gläser anschaffen müssen. Zudem weiß meistens kein Gast, dem irgend ein Glas vorgelegt wird, was ihm für sein gutes Geld noch geboten wird. Dieser Zustand gehört aus der Welt gehakt und jeder Wirt sollte verpflichtet sein, nur $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Liter-Gläser zu halten, wie man es früher auch hatte, und von denen überall genügend auf Lager liegen. Der Gast braucht dann nicht erst den Schaum wegwuscheln, damit er sieht, wieviel er richtiger, wie wenig 100g oder 100cl er noch bekommen hat. Wir haben doch Maß und Pfennig und damit kann man den Preis für den viertel oder halben Liter ohne großes Kopfschütteln ausrechnen.

Letzte Drahtberichte.

Berlin, 25. Febr. Der Kaiser nahm heute vormittag den Vortrag des Reichskanzlers entgegen. Gestern hörte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Zivilabteils und gestern und heute den regelmäßigen Vortrag des Generalkanzlers.

Berlin, 26. Febr. Der frühere Reichstagsabgeordnete Renisch, Generalsekretär des Deutschen Handelstages, ist 84 Jahre alt, gestorben.

Luzern, 24. Febr. Die aus dem Saag kommende österreichische Sondermission wurde heute mittag zur Entgegennahme der Notifikation der Kronbetriebe des Kaisers von der Großherzogin in feierlicher Audienz empfangen.

Eine norwegische Familie an Bord eines deutschen U-Bootes.

(Berlin, 26. Febr. Ueber die Einschiffung des Kapitäns der norwegischen U-Boote „Dor 2“ und seiner Familie an Bord eines deutschen U-Bootes nach Verletzung des Seglers wegen Fahrens von Bonn nach England erfahren wir noch folgendes: Wegen frischen östlichen Windes und Dünung beschloß der U-Bootskommandant mit Rücksicht auf die Frau und das Kind, den Kapitän und seine Familie an Bord zu nehmen, während die Mannschaft in ihren Booten etwa 4 Stunden nach der nächsten Dampferstraße geschleppt wurde. Für die Unterbringung der drei Personen an Bord wurde der hintere Ballast als Schloßraum frei gemacht, da er der einzige Raum im Boot war, der sich abschließen ließ und für drei Personen ausreichte. In den ersten beiden Nächten wurde die Nachtruhe der Norweger durch Lärmen vor Jersören mehrfach gestört. Die Frau des Kapitäns schien kranklich zu sein und litt auch wohl durch die Aufregung der Verletzung des Schiffes und die ungewohnten Verhältnisse an Bord des U-Bootes. Ihr wurde daher als Schlafstätte die Koje eines der Defoszifferen eingeräumt, die durch Verlesen von Stühlen so verbeizert wurde, daß die ganze Familie darauf Platz fand, die Familie lebte im übrigen vollständig in der Defosziffernerne, wo man sich über in ruhender Weise amahm und die ständige Solvitz mit Geduldschulen, Steinbaukasten und Grammophon beschäftigte. Dasselbe war der Regelung der ganzen Beladung, von allen Seiten wurde ihm Schokolade und Sekt zugesetzt; bald lernte es auf deutsch „guten Morgen“ und „gute Nacht“ sagen, stets war sie munter und vergnügt. Die ganze Familie hatte sich allmählich auf dem Boot eingelebt; sie mußte bis Helgoland an Bord bleiben, da in der weiten Nordsee trotz bester Sicht keine einzige Rauchwolke eines neutralen Schiffes geahndet wurde.

Die englische Reichstagskonferenz.

London, 24. Febr. Der politische Mitarbeiter der „Wall Street Gazette“ erzählt, daß die Reichstagskonferenz in ungefähr 14 Tagen zum erstenmal zusammenzutreten werde.

Die Haltung Amerikas.

London, 24. Febr. Die „Morning Post“ berichtet aus Washington, daß das republikanische Mitglied des Kongresses, Bennett, in einer im Repräsentantenhaus gehaltenen Rede entschieden davon abgeraten habe, daß Amerika sich der Entente anschließe. Es würde dadurch tatsächlich auf alle aus dem Kriege hervorgegangenen Forderungen seiner Bürger gegenüber England, Frankreich u. Rußland, die in Milliarden gingen, verzichten. Bennett sagte, England habe die Rechte Amerikas zur See in flagranter Weise ebenfalls verlegt. Amerika dürfe keine Hilfe von den Alliierten annehmen u. keine Pflichten gegen sie übernehmen. Amerika sei groß genug, um für sich selbst zu sorgen.

Washington, 25. Febr. (Reuter.) Der Senat hat einstimmig eine vom Republikaner Fall eingebrachte Tagesordnung an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten verwiesen. Durch diese Tagesordnung wird der Präsident ermächtigt, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zum Schutze von Handelsgütern und Leben der Bürger der Vereinigten Staaten zu verwenden. Der Senat wird über die Tagesordnung am Mittwoch abstimmen.

Frankfurt a. M., 24. Febr. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Newyork vom 24. Februar: Die Republikaner im Senat beschließen, Wilson keine umfassenden Vollmachten zu bewilligen. Sie verlangen vielmehr, daß er den Kongress befrage, bevor er ernste Schritte tue.

Newyork, 24. Febr. (Reuter.) Der Gemeinderat von Newyork hat beschlossen, vom Staat eine gesetzliche Regelung der Lebensmittelversorgung für die ärmeren Klassen der Bevölkerung zu verlangen. Die Stadt wünscht ermächtigt zu werden, Lebensmittel anzukaufen und zum Selbstkostenpreis weiter zu verkaufen. Außerdem wird eine Untersuchung verlangt. Die Regierung in Washington hat bereits eine Untersuchung nach den Ursachen der Unruhen in den verschiedenen amerikanischen Städten angeordnet.

Berlin, 26. Febr. In Newyork setzte, um neue ernste Tumulte als Folge der Transportkrise zu vermeiden, laut „Berliner Tageblatt“, die Stadtverwaltung 5 Millionen Franken zum Ankauf von Lebensmitteln aus, die zu den üblichen Preisen an die Bevölkerung abgegeben werden sollen.

Kleine Mitteilungen.

Stroßenbahn-Unfall. Wie der „Kölnischen Zeitung“ berichtet wird, ist gestern mittag 12.30 Uhr in Niederberg bei Ehrenbreitstein ein Wagen der elektrischen Stroßenbahn entgleist und eine mehrere Meter hohe Mauer heruntergestürzt. Dabei sind 20 Fahrgäste mehr oder weniger schwer verletzt worden, zwei davon dürften kaum mit dem Leben davon kommen. Der Unfall wird auf ein Verlassen der Bremsen zurückgeführt.

Gasexplosion. In der Gasstraße sah der Stationsverwalter Roth mit der Arbeiterfrau Jullmann im Keller mit einem offenen Licht die Wasserleitung nach. Plötzlich gab es einen furchtbaren Knall. Das ganze Haus stürzte zusammen. Roth blieb schrecklich verwundet tot am Platze. Frau Jullmann lag tot im Hofe. Sämtliche Nachbargebäude sind beschädigt. Aufsehend ist ein Gasrohr geplatzt.

Militärdienstnachrichten. Trimborn, Gen.-Maj., im Frieden Kom. d. 2. Garde-Feldart.-Breg., in Genehmigung seines Abschiedsgesuches m. d. gefehl. Bef. und unter Verleihung d. Charakters als Gen.-Maj. a. Disp. gestellt. Fouquet, Gen.-Maj., von der Armee, vorher Kom. d. 12. Div., im Frieden Kom. d. 2. Feldart.-Breg., in Genehmigung seines Abschiedsgesuches m. d. gefehl. Bef. a. Disp. gestellt. Sellmann, Feldw.-Lt. (Mannheim), zum Lt. d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb. ernannt.

Bejrdert: Zu Leutnants d. Inf. d. Train-Abt. Nr. 16: Hoeßle (Mörsch), Flieg (Colmar), Wigelmüller; zum Leutnant der Landw.-Infanterie: Wigelmüller, Wolfinger (Freiburg), d. 2. Aufgeb.; zum Leutnant der Reserve: Wolfinger (Mörsch), Wigelmüller.

Gerichtsverhandlungen.

A. Konig, 24. Febr. In einer achtjährigen Zuchthausstrafe und 10 Jahren Ehrverlust wurde der 59jährige Dienstmann Bernhard Pohn aus Großenhain von der hiesigen Strafkammer verurteilt. Nach Verhängung einer jährigen Gefängnisstrafe arbeitete Pohn in der Gegend von Hillingen, lehrte aber dann zum Diebstahlwerk zurück und verübte eine mehrere Male Einbruchsdiebstahl. Der Verbrecher hat wahrscheinlich noch Gefährlicher gehandelt, die aber jetzt nicht ermittelt sind.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Geburten. 15. Febr.: Hermine Martha, F. Friedrich Metz, Metzgermeister. — 17. Febr.: Gertrud, F. Friedrich Schwen, Kompenwäcker. — 20. Febr.: Martha, F. Otto Schuler, Konzeptionskinder; Gottfried Wilhelm und Karl Johannes, Hülling, F. Gottl. Demwald, Metzger. — 21. Febr.: Emma Anna Hübner, F. Karl Epfinger, Zimmermann; Leonore, F. Karl Philipp Müller, Kaufmann; Hans Franz, F. Johannes Wähler, Metzgermeister; Gertrud, F. Joh. Achauer, Rindfleischarbeiter. — 22. Febr.: Herbert Wilh. Geinrich, F. Heinrich Pfeiler, Kaufmann; Anton Erich Kurt, F. Erich Thiel, Trompeter. — 23. Febr.: Hans Wolfgang, F. Karl Lang, Metzger.

Eheausgehete. 23. Febr.: Gottlieb Gohl von Stuttgart, Metzger hier, mit Karoline Gahnach von Oberriedern. — 24. Febr.: Otto Glat von Mörsch, Metzgermeister, mit Elise Huber von Mörsch.

Eheschließungen. 24. Febr.: Wilhelm Schäfer von Hohenheim, Werkmeister in Oberhausen, mit Genoveva Wirt von Sidingen; Eugen Herr von Stuttgart, Metzger hier, mit Maria Strittmatter von Oettingen; Hermann Marocka von Perzomzig, Wigelmüller hier, mit Vera Späth von Heiterheim; Franz Geierhaas von Heilberg, Lehrer in Weinstadt, mit Anna Neumann von hier; Hermann Wollenmayer von Hillingen, Schneider in Mannheim, mit Rosa Clomann von Hohenheim; Friedrich Bernhardt von Bodebeweital, Diener hier, mit Emma Häberle von Mauthausen; Wilhelm Riß von Lunkenheim, Metzgermeister, mit Vera Krausmeyer von Hillingen; Andreas Reu von Hillingen, Metzger hier, mit Luise Dürwald von Hillingen; Johannes Kattke von Stadt Schönlaut, Metzgermeister in Durlach, mit Helena Jech von Weingarten; Wilhelm Metzgermeister von hier, Kaufmann hier, mit Emilie Kretschmar von hier; Karl Vogt von Bruchsal, Lokomotivführer hier, mit Magdalena Gerold von Pöndel; Karl Lehmann von Hohenheim, Metzger hier, mit Karoline Bouillon von Hohenheim.

Todesfälle. 22. Febr.: Rosmarie Metzger, Metzger, Chemnitz, 46 J.; Gottfried Drollinger, Kaufm., Wittwer, 68 J.; Gertrud Dalader, Kassenbote, Chemnitz, 65 J. — 23. Febr.: Alois, 1. J. 10 Mt. 3 Tg., F. Eulach, Wiedenhorn, Metzger; Christine Weber, 75 J., Wittwe von Hilian Weber, Landwirt; Bertha Frank, 58 J., ledig, ohne Gewerbe. — 24. Febr.: Alois, 8 Mt. 23 Tg., F. Theodor Dietrich, Kaufmann; Friedrich Dittler, Landwirt, Chemnitz, 71 J.; Otto Himmelsche, Metzger, Wittwer, 70 J.



Underberg

Wahlspruch:
SEMPER IDEM.

Underberg-Boonekamp wird nur noch unter der Bezeichnung
Underberg
in den Verkehr gebracht. Die alte anerkannt vorzügliche Qualität
bleibt unverändert.

H. Underberg-Albrecht
RHEINBERG (Rhld.) • Gegründet 1846.



Hoflieferant
Sr. Maj. d. Deutschen Kaisers,
Königs v. Preussen.



Kammerlieferant
Sr. Maj. d. Kaisers v. Oesterreich,
Königs v. Ungarn.

Kohlraden.

Begen der Knappheit an Kartoffeln empfehlen wir dringend die Verwendung von Kohlraden.

Diese werden von uns abgegeben:

- In Mengen von 1 bis 2 Zentner vor dem alten Bahnhofgebäude dahier, Kriegsstraße, nicht mehr bei der alten Brauerei Höpfer, und zwar vormittags von 9 bis 11½ Uhr, und nachmittags von 2 bis 5 Uhr.
- In Mengen von 1 Zentner aufwärts in unserem Lager in der Malzfabrik von K. S. Wimpfheimer, Mühlburg, Hardtstraße 64, und zwar nachmittags von 2 bis 5½ Uhr.

Der Preis beträgt 4.25 M für den Zentner. Die Kohlraden müssen abgeholt werden, sie können von uns nicht zugeführt werden.

3. Der pfundweise Verkauf findet wie bisher an den Markttagen in den städtischen Verkaufsbuden auf dem Markte statt. Der Preis beträgt für diesen Kleinverkauf 5 Mq. für das Pfund.

Anstalten, Wirtschaften, Kantinen, Betriebe u. Private, welche einen größeren Bedarf haben, wollen sich wegen Zuteilung der ihnen zustehenden Mengen direkt an uns wenden.

Karlsruhe, den 24. Februar 1917.

Städt. Nahrungsmittelamt.

Ab Montag, den 26. Februar, ist die

Schwimmballe

des Friedrichsbades wieder geöffnet.

Städt. Badaanstalt Bierordtbad.

Die Schwimmballe ist wieder geöffnet.

Das Verzeichnis der Vorlesungen, die im Sommersemester 1917 an der

Albert Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau

gehalten werden, ist erschienen und durch jede Buchhandlung, sowie gegen Einsendung von 20 Pfennig vom Sekretariat der hiesigen Hochschule zu beziehen. 15022

Freiburg, den 22. Februar 1917.

Akademisches Direktorium.

Für den Badischen Landesverein vom Roten Kreuz

And bei uns seit der Empfangsbescheinigung in der „Badischen Landeszeitung“ Nr. 598 vom 22. Dezember 1916 eingegangen:

5. Klein 100 M., Oberkreuz für W. A. Kaiser 20 M.

Zusammen 120 M.

Weitere Gaben nehmen wir gerne entgegen.


Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung
Kirchstraße 9.

Aus dem Großherzogl. Marktplatz zu Karlsruhe ist eine

Victoria

auf Stahlräder gegen Barzahlung zu verkaufen. Näheres bei Wagenmeister Fischer. Schriftliche Angebote sind spätestens bis Dienstag, den 27. Februar, abends 6 Uhr, an die Marktplatzverwaltung einzureichen. Später eingehende Angebote werden nicht berücksichtigt und Nachgebote nicht angenommen. Der Zuschlag erfolgt durch das Großherzogliche Oberstallmeisteramt am Mittwoch, den 28. Februar. 1285

Hansa Lloyd



**HANSA-LOYD WERKE
AKT. GES. & BREMEN
PERSONENWAGEN
LIEFERWAGEN
LASTWAGEN
OMNIBUSSE**

OKÜHLER

Stühle der Hausfrau

sucht gesunde, tüchtige Mädchen. 23 Jahre alt, per 1. April Stellung in Hotel, Pension, Sanatorium oder Privat. Gute Zeugnisse vorhanden. Nach Baden bevorzugt. Offerten unter F. D. 4021 an Rudolf Wöffe, Darmstadt.

Gebrauchtes Piano

für auswärtig gesucht. Preis und Barkauf angegeben mit F. 5, L. 4021 an Rud. Wöffe, Ludwigshafen a. Rh.

Metallbetten

an Private. Katalog frei. Holzrahmenmattressen, Kinderbetten. Eisenschlafzettel, Suhl, Thür. 1285

Bekanntmachung.

Meldung beschlagnahmter Bierglas- und Bierdeckel aus Zinn und freiwillige Ablieferung von anderen Zinngegenständen.

Durch die Nachtragsverordnung des Generalkommandos vom 8. Februar 1917 sind die früheren Bestimmungen mehrfach erweitert worden, so daß unsere Ausführungsbestimmungen vom 31. Oktober 1916 und 2. Februar 1917 der Ergänzung bedürfen.

I.

Beschlagnahmte Gegenstände.

- Die Verordnung erstreckt sich jetzt auch auf sämtliche Handlungen, Laden- und Installationsgeschäfte, Fabriken und Privatpersonen (ausgenommen Althändler), die beschlagnahmte Deckel erzeugen oder verkaufen oder zum Zwecke des Verkaufs in Besitz oder Gewahrsam haben.
- Diese jetzt in die Verordnung einbezogenen Betriebe und Personen sind verpflichtet, die beschlagnahmten Deckel bis einschließlich 10. März zu melden. Für die Meldung sind die von der Metallmobilmachungsstelle vorgezeichneten Formulare zu benutzen. Andere Meldungen oder Unterfertigungen gelten als nicht erlassen.

Die Meldedrucke sind auf den Polizeiwachen, bei den städtischen Metallnahmestellen (Karlsruh. 30) und in den Bezirken bei den Gemeindefretoriaten unentgeltlich erhältlich und bei einer dieser Stellen wieder abzugeben.

II.

Freiwillige Ablieferung.

- Wesentlich erweitert ist jetzt der Kreis der Zinngegenstände, die freiwillig abgeliefert werden können. Namentlich werden folgende Gegenstände angenommen:
 - Teller, Schüsseln, Schalen, Kumpen, Becher, Krüge, Kannen, Tassen, Zinnrohre aus Bierdruckapparaten und Siphone für kohlenäurehaltige Getränke, Maßgefäße (Biermaße, Flüssigkeitsmaße), Küchengeräte, Kochgeschirre, Bierflaschen, medizinische Spritzen, Nennuren und Infundierbüchsen.

Für jedes Kilo dieser Gegenstände wird 6 M. bezahlt.

 - Andere Zinngegenstände, wie Gieß- und Leinwandmaschinen, Siphonverbrautungen, Lampen, Leuchter usw.

Für jedes Kilo dieser Gegenstände wird 3 M. bezahlt.

 - Löffel, Gabeln und Utensilien.

Für jedes Kilo dieser Gegenstände wird 2 M. bezahlt.
- Nicht vergütet werden die an den unter a) bis c) genannten Gegenständen befindlichen Beschläge oder Bestandteile aus anderem Material als aus Zinn: sie sind vor der Ablieferung zu entfernen. Gegenstände, die nur mit Zinn überzogen sind (z. B. Konservendosen, Gegenstände aus Weißblech, Weißblechabfälle usw.) werden zwar angenommen, aber nicht bezahlt, sondern später im Rahmen des Roten Kreuzes und der städtischen Kriegshilfsorga verwertet.

3. Damit die freiwillige Ablieferung in Ordnung vor sich geht, wird straßenweise zur Ablieferung angefordert werden.

III.

Gegenstände, welche bereits als Altmaterial an Händler, Handlungen usw. abgegeben waren und den Bestimmungen der Bekanntmachung M. 1/4. 15 K.R.A. unterliegen, werden nicht angenommen.

IV.

Sämtliche Zinngegenstände sind bei der städtischen Annahmestelle für Metall und Fahrradbereitungen, Karlsruh. 30, abzuliefern. Die Stelle ist werktäglich geöffnet von 8—12½ Uhr und von 1½—7 Uhr.

V.

Die Verordnung ist mit ihrem vollen Wortlaut im „Badischen Verkündigungsblatt“ des „Karlsruher Tagblattes“ vom 16. Februar 1917 und durch Anschlag veröffentlicht worden.

Karlsruhe, den 23. Februar 1917.

Bürgermeisteramt.